

# Inhaltsverzeichnis

Teil A. Einführung in den Untersuchungsgegenstand .....	15
I. Einführung .....	15
II. Gang der Darstellung .....	17
Teil B. Ausgangspunkte der Untersuchung .....	21
I. Gefahrenabwehr, Störungsbeseitigung und Strafverfolgung .....	21
1. Gefahrenabwehr und Störungsbeseitigung .....	22
a) Gefahrenabwehr .....	22
b) Störungsbeseitigung .....	24
c) Strafverfolgung als möglicher Unterfall von Gefahrenabwehr und Störungsbeseitigung .....	24
2. Liberal-rechtsstaatliches Trennungsprinzip .....	27
3. Staatliche Aufgabenwahrnehmung durch Polizei und Staatsanwaltschaft .....	29
a) Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Gefahrenabwehr .....	30
b) Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Strafverfolgung .....	30
4. Heutige Trennung von Repression und Prävention .....	33
a) Europol als Misch-Behörde mit präventiv- und repressiv- orientierter Ausrichtung .....	34
b) Bundeskriminalamt .....	35
c) Untrennbar verbundene „Mischdaten“ moderner Informationssysteme .....	36
d) Weit reichende Datenübermittlungsvorschriften .....	37
e) Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten: Symbiose von Repression und Prävention .....	38
f) „Verpolizeilichung“ des Strafverfahrensrechts .....	46
g) „Verpolizeilichung“ des materiellen Strafrechts .....	49
h) Vereintes Sicherheitsrecht de lege ferenda .....	49
II. Klassische Grenzen staatlichen Handelns im Bereich Strafverfolgung und Gefahrenabwehr .....	52
1. Strafprozessualer Anfangsverdacht – §§ 152 Abs. 2, 160 Abs. 1 StPO .....	52
2. Konkrete Gefahr – § 8 Abs. 1 MEPOlG .....	59
3. Zusammenfassung .....	60

Teil C. Überwindung der klassischen Eingriffsgrenzen durch Schutzpolizei und Strafverfolgungsorgane .....	63
I. Staatliche (Eingriffs-)Maßnahmen, die eine Rückkopplung an Anfangsverdacht oder konkrete Gefahr nicht erfordern – Überblick .....	65
1. Eingriffsermächtigungen der Dienste (Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst) .....	65
2. Eingriffsermächtigungen mit dem Ziel staatlicher Strafverfolgungsvorsorge am Beispiel der molekulargenetischen Untersuchung und DNA-Feststellung .....	69
3. Eingriffsermächtigungen gegenüber Dritten (z. B. §§ 98a, 163b, 163e Abs. 1 Satz 3 und Abs. 3 sowie § 100a Abs. 3 StPO) .....	74
4. Ermächtigungsnorm des § 159 StPO .....	76
5. Ermächtigungsnorm des § 108 StPO .....	79
6. Vorfeldermittlungen nach § 208 Abs. 1 Nr. 3 AO .....	81
7. Vorermittlungen der Strafverfolgungsbehörden .....	83
8. Maßnahmen der Polizei im Vorfeld einer konkreten Gefahrenlage ...	86
a) Gefahrerforschung – präventiv-polizeiliche Vorermittlungen bei Gefahrverdacht .....	86
b) Gefahrenvorsorge – Maßnahmen zur Verhütung künftiger Gefahren .....	92
c) Vorsorge für die künftige Gefahrenabwehr .....	93
d) Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten .....	95
9. Verkehrskontrollen gemäß § 36 Abs. 5 StVO .....	101
10. Grenzkontrollen gemäß Bundespolizeigesetz .....	102
11. Verdachtsunabhängige Kontrollen gemäß §§ 2 ff. des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung (SchwarzArbG) .....	105
12. Überwachungskontrollen nach § 52 Abs. 2 BImSchG .....	107
13. Vorratsdatenspeicherung .....	109
14. Vorermittlungen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen .....	117
II. Zwischenergebnis .....	118
Teil D. Überprüfung von Ermittlungsansätzen durch die Strafverfolgungsbehörden mittels repressiver Vorermittlungen .....	119
I. Strafprozessuale Vorermittlung – Versuch einer Begriffsbestimmung ....	119
II. Abgrenzung strafprozessualer Vorermittlungen zu vergleich- und verwechselbaren Begrifflichkeiten, Ermittlungshandlungen und -stadien .	122

1.	Begrifflichkeiten in Deutschland .....	123
a)	Vorermittlungen in der Literatur .....	124
(1)	Vorermittlungen nach <i>Haas</i> .....	124
(2)	Initiativermittlungen .....	125
(3)	Einleitungsverfahren und Sondierungsmaßnahmen nach <i>Marxen</i> .....	126
(4)	Informationsverfahren nach <i>Gössel</i> .....	127
(5)	Zwischenergebnis .....	127
b)	Repressive Vorermittlungen im Zusammenhang mit der Überprüfung von Prozessvoraussetzungen .....	128
c)	Vorermittlungen nach § 26 BDO .....	131
d)	Verwaltungsermittlungen .....	132
2.	Vorermittlungen der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs .....	134
3.	Vergleichbare Begrifflichkeiten im deutschsprachigen europäischen Ausland .....	135
a)	Österreich .....	135
b)	Schweiz .....	136
III.	Strafprozessuale Vorermittlungen – eine zulässige Befugniserweiterung .	137
1.	(Passive) Vorermittlungen de lege lata .....	137
2.	Vorermittlungen nach dem Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten („Geldwäschegesetz“ – GwG) .	138
3.	Rechtstatsächliches Bedürfnis an (aktiv ausgestalteten) Vorermittlungen .....	139
4.	Vorteile der Anerkennung – auch aktiver – strafprozessualer Vorermittlungsmaßnahmen .....	141
a)	Erweiterte Möglichkeit, um auf Hinweise der Bevölkerung einzugehen .....	141
b)	Effektivierung des Anfangsverdachts .....	142
c)	Reduzierte Stigmatisierung .....	143
d)	Effektivierung der Strafverfolgung durch Vorermittlungen .....	147
e)	Verrechtlichung einer rechtstatsächlichen Grauzone .....	148
5.	Zwischenergebnis .....	148
IV.	Strafprozessuale Vorermittlungen – eine zulässige, aber dennoch nicht anzustrebende Befugniserweiterung .....	148
1.	Bindung personeller und finanzieller Ressourcen .....	149
2.	Keine tatsächliche Verhinderung von Strafverfahren .....	149
3.	Verunsicherung der Bevölkerung .....	150
4.	Gefahr der Umgehung des Anfangsverdachts .....	151

a) Missachtung zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte „zu Gunsten“ eines Tatverdächtigen .....	151
b) Missachtung zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte „zu Lasten“ eines Tatverdächtigen .....	152
c) Zwischenergebnis .....	153
5. Unbefriedigende Schrankendefinition .....	153
6. Scheinargument fehlender Stigmatisierung .....	154
7. Unvermeidbarer regressus ad infinitum .....	156
8. Provokation des Wunsches nach weiteren Ermächtigungsnormen ..	157
9. Zwischenergebnis .....	157

#### Teil E. Anwendungsbereich, Umfang, Ausgestaltung und Normierung     straßprozessualer Vorermittlungen .....

I. Vorfeld des Anfangsverdachts .....	161
1. Vorermittlungen im Vorfeld eines Anfangsverdachts .....	162
a) Kein Raum für Vorermittlungen .....	162
b) Raum für Vorermittlungen .....	164
(1) Allgemeine Ausführungen .....	164
(2) Beispiele aus der Rechtsprechung .....	166
(3) Beispiele für noch nicht zureichende tatsächliche Anhaltspunkte im Sinne des § 152 Abs. 2 StPO .....	167
(4) Zusammenfassung und Zwischenergebnis .....	170
2. Vorüberlegungen zur Definition des Vorfelds .....	171
a) Tat- und personenbezogener Anfangsverdacht .....	172
b) <i>Nur</i> tatbezogener Anfangsverdacht .....	172
c) <i>Nur</i> täterbezogener Anfangsverdacht .....	174
d) <i>Noch nicht</i> tatbezogener Anfangsverdacht .....	174
e) Zwischenergebnis .....	175
3. Definition der „ermittlungswürdigen Situation“ .....	176
a) Begrenzung von Vorermittlungen durch Anfangsverdacht .....	177
b) Begrenzung von Vorermittlungen durch Vorverdacht .....	177
(1) Verwaltungsermittlungen als möglicher Ausgangspunkt für die Definition des Vorverdachts .....	178
(2) Anhaltspunkte für die Begehung einer Straftat als Begrenzung des Vorverdachts .....	180
(3) Kritik .....	181
(4) Konkrete tatsächliche Anhaltspunkte für die Begehung einer Straftat .....	182
(a) „Tatsächliche Anhaltspunkte“ .....	184
(b) „Konkrete“ tatsächliche Anhaltspunkte .....	185

(5) Zwischenergebnis .....	185
c) Zusätzliche Restriktionen bei Annahme einer ermittlungswürdigen Situation .....	186
(1) Erfordernis der „Ansatzpunkte“ .....	186
(2) Erfordernis einer Katalogtat .....	187
4. Zwischenergebnis .....	189
II. Kenntniserlangung einer ermittlungswürdigen Situation .....	190
1. Originäre Kenntniserlangung .....	190
2. Mittelbare Kenntniserlangung .....	191
III. Vorermittlungsmaßnahmen .....	193
1. Keine Vorermittlungsmaßnahmen mit Grundrechtsrelevanz de lege lata .....	194
a) § 159 StPO als Ermächtigungsnorm für grundrechtstangierende Vorermittlungshandlungen .....	194
b) Nr. 6.2 der Anl. E RiStBV als Ermächtigungsnorm für grundrechtstangierende Vorermittlungsmaßnahmen .....	196
c) § 152 Abs. 2 StPO als Ermächtigungsnorm für grundrechtstangierende Vorermittlungsmaßnahmen .....	196
d) § 160 StPO i.V.m. § 161 Abs. 1 Satz 2 StPO als Ermächtigungsgrundlagen für grundrechtstangierende Vorermittlungsmaßnahmen .....	197
e) § 163b StPO als Ermächtigungsnorm für Maßnahmen zur Identitätsfeststellung im Vorermittlungsverfahren .....	198
f) Gewohnheitsrecht als Legitimation für grundrechtstangierende Vorermittlungsmaßnahmen .....	199
g) Keine Notwendigkeit zur Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage für Eingriffe in Recht auf informationelle Selbstbestimmung: Übergangsprivileg .....	199
h) Zwischenergebnis .....	204
2. Vorermittlungsmaßnahmen ohne Grundrechtsrelevanz de lege lata ...	205
a) Zulässigkeit von Maßnahmen ohne Bezug zu persönlichkeitsrechtlich relevanten Daten .....	206
b) Zulässigkeit nicht-hoheitlicher, sozialadäquater Handlungen ....	206
c) Vorermittlungsmaßnahmen nach Einwilligung des Betroffenen ...	208
(1) Grundrechtsverzicht durch Betroffenen .....	208
(2) Zulässigkeit eines Grundrechtsverzichts .....	209
(3) Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit Einwilligung .....	211
d) Informationserhebung im Vorermittlungsverfahren mit Einwilligung des Betroffenen am Beispiel der Erkundigung ....	212

(1) Begriffsbestimmung und Abgrenzung der „Erkundigung“ ...	213
(a) Erkundigung und Vernehmung .....	213
(b) Erkundigung und informatorische Befragung/ informatorische Anhörung .....	215
(2) Zielpersonen vorermittelnder Erkundigung .....	222
(3) Einwilligung in Datenerhebung mittels Erkundigung .....	226
(4) Ausgestaltung vorermittelnder Erkundigung .....	236
(a) Belehrungspflicht bei Zeugen- und Beschuldigtenvernehmungen .....	237
(b) Fehlende Belehrungspflicht bei informatorischer Befragung .....	237
(c) Belehrungspflicht vor vorermittelnder Erkundigung ....	239
(d) Zwischenergebnis .....	250
(e) Belehrung über weitere Rechte .....	250
(f) Unzulässigkeit „geheimer“ Vorermittlungserkundigungen .....	250
(g) Folgen unterbliebener Belehrung .....	251
3. Vorermittlungsmaßnahmen de lege ferenda .....	253
a) Anlegen von Vorermittlungsakten .....	254
b) Zulässigkeit verdeckter Vorermittlungsmaßnahmen .....	256
(1) Kurzfristige Observation .....	257
(2) Einsatz verdeckt ermittelnder Beamter der Strafverfolgungsbehörden .....	259
c) Identitätsfeststellung im Rahmen eines Vorermittlungsverfahrens .....	260
d) Einholung von Auskünften bei anderen Behörden .....	262
(1) Einholung von Auskünften bei anderen Strafverfolgungsbehörden .....	263
(2) Einholung von Auskünften bei anderen staatlichen Behörden .....	263
e) Verarbeitung von Vorermittlungsdaten .....	266
f) Zwischenergebnis .....	269
4. Weiterreichende – grundrechtstangierende – Vorermittlungsbefugnisse .....	269
a) Allgemeines Verbot weitergehender Ermittlungsbefugnisse ....	269
b) Verbot der Weitergabe von nicht-anonymisierten Daten zwecks Gutachtenserstellung .....	270
c) Verbot der Beantragung richterlicher Untersuchungshandlungen .	272
d) Verbot des Einsatzes von V-Mann und Verdecktem Ermittler ...	273
e) Zwischenergebnis .....	274

IV. Folgefragen der Anerkennung von Vorermittlungsbefugnissen .....	274
1. Rechtsstellung des Betroffenen einer Vorermittlungsmaßnahme ....	274
a) Verfahrensbeteiligte nach der StPO .....	275
(1) „Beschuldigter“ in der StPO .....	275
(2) „Zeuge“ in der StPO .....	279
(3) „Verdächtiger“ in der StPO .....	279
b) Rechtsstellung des von Vorermittlungen Betroffenen .....	283
c) Beschuldigtenstellung des von Vorermittlungen Betroffenen ....	284
d) Zeugenstellung des von Vorermittlungen Betroffenen .....	284
e) Verdächtigtenstellung des von Vorermittlungen Betroffenen ....	286
f) Von Vorermittlungen Betroffener als „Verfahrensbetroffener“ .	286
g) Verfahrensstellung des von Vorermittlungen Betroffenen als Stellung sui generis .....	287
h) Zwischenergebnis .....	289
2. Verwendung von Vorermittlungserkenntnissen .....	291
a) Grundsatz der „normalen“ Übertragung .....	291
b) Einführung der Äußerungen des Vorbeschuldigten in die Hauptverhandlung .....	291
c) Anwendbarkeit von § 252 StPO .....	292
3. Verwendung von Daten aus Vorermittlungsmaßnahmen .....	293
a) Verwendung von Vorermittlungsdaten zu anderen repressiven Zwecken: Behandlung so genannter „Zufallsfunde“ .....	293
(1) Verwendung von personenbezogenen Daten in anderen Strafverfahren de lege lata .....	296
(a) §§ 474 Abs. 1, 479 StPO .....	297
(b) § 477 Abs. 2 Satz 2 StPO .....	297
(c) § 100d Abs. 5 Nr. 1 StPO .....	298
(2) Verwendung von personenbezogenen Daten aus Vorermittlungsmaßnahme in anderen Strafverfahren .....	300
(3) Zwischenergebnis .....	303
b) Übermittlung von Vorermittlungsdaten zu präventiv- polizeilichen Zwecken .....	303
c) Übermittlung von unzulässig erhobenen Vorermittlungsdaten ....	306
4. Weiterer Umgang mit Daten aus Vorermittlungsverfahren: Löschungspflichten .....	308
5. Vorermittlungspflicht oder Vorermittlungsbefugnis .....	310
a) Annahme einer Vorermittlungspflicht .....	310
b) Annahme einer Vorermittlungsbefugnis .....	311
c) Zwischenergebnis .....	316
6. Rechtsschutz gegen Vorermittlungsmaßnahmen .....	316

a) Selbstständiger Rechtsschutz gegen Behandlung als Vorbeschuldigter .....	317
b) Rechtsschutz gegen ohne Anfangsverdacht durchgeführte Zwangsmaßnahmen .....	318
c) Rechtsschutz gegen Vorermittlungsmaßnahmen .....	319
(1) Rechtsschutz gegen Vorermittlungsmaßnahmen ohne Grundrechtsrelevanz .....	319
(2) Rechtsschutz gegen Vorermittlungsmaßnahmen mit Grundrechtsrelevanz .....	320
(3) Besonderheiten des Rechtsschutzes gegen heimliche – zumeist erledigte – Vorermittlungsmaßnahmen .....	321
7. Rechtsschutz des Anzeigenden im Rahmen eines Vorermittlungsverfahrens .....	323
8. Einflüsse des Vorermittlungsverfahrens auf anschließendes Ermittlungsverfahren .....	325
9. Einfluss von Vorermittlungen auf § 344 StGB .....	327
10. Sachverständigenbestellung und Zulässigkeit von Zwangsmaßnahmen gegenüber Sachverständigen im Vorermittlungsverfahren .....	327
11. Verjährungsunterbrechung durch Vorermittlungsmaßnahmen .....	328
V. Strafprozessuale Vorermittlungen de lege ferenda – Regelungsentwurf .....	329
1. Gesetzgebungskompetenz .....	330
2. Regelungsstandort .....	332
3. Regelungsvorschlag: § 160c StPO-E .....	337
4. Anschlussbetrachtung zu § 160c StPO-E .....	338
VI. Zusammenfassung .....	339
Teil F. Zusammenfassung .....	341
I. Darstellung der Ergebnisse .....	341
1. Ausgangspunkte der Untersuchung .....	341
2. Vorermittlungen der Strafverfolgungsbehörden .....	343
II. Abschlussbemerkung .....	347
Literaturverzeichnis .....	349